



Presseschau vom 23.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: So viele Mini-Stalingrads – Warum erkennen die Deutschen nicht, was sich in der Ukraine abspielt?

In Mariupol sollten die ukrainischen Truppen längst nutzlose Stellungen halten, das Gleiche passierte in Sewerodonezk und Lissitschansk. In der deutschen Presse wird das als heldenhafter Widerstand verkauft. Aber eigentlich müsste das ganz andere Erinnerungen wecken. ...

<https://kurz.rt.com/336w> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Schluss mit Feen – Disney schafft geschlechtsbezogene Begriffe ab

Disney wird neue geschlechtsneutrale Titel in seinen Themenparks etablieren – damit verschwinden "gute Feen" aus den Disney-Boutiquen. Nach der Einführung von geschlechtsneutralen Sanitäreinrichtungen ist dies ein neuer Versuch des Konzerns, mit dem Woke-Milieu zu liebäugeln. ...

<https://kurz.rt.com/3392> bzw. [hier](#)

Gert Ewen Ungar: Gegenentwurf zur EU: Der eurasische Kontinent und das Konzept souveräner Nationalstaaten

Die Integration des eurasischen Kontinents schreitet voran. Jenseits der EU vertiefen und erweitern sich mächtige transnationale Organisationen, die ihre Mitgliedstaaten nicht zum Aufgeben ihrer nationalen Souveränität zwingen. Die EU mutet im Vergleich dazu als ein totalitärer Gegenentwurf an. ...

<https://kurz.rt.com/333t> bzw. [hier](#)

Alexander Nepogodin: Die Saat der Spaltung: Wie der Donbass 2004 erstmals versuchte, unabhängig zu werden

Die Grundlagen für den derzeitigen Ukraine-Konflikt wurden vor fast zwei Jahrzehnten gelegt. Heute blickt die Ukraine auf eine Periode zurück, die im Jahr 2004 endete und als die letzte friedliche Ära in der modernen Geschichte der Ukraine gilt. ...

<https://kurz.rt.com/32ve> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Warum ich nicht mehr zum Christopher Street Day gehe

Und da ist sie wieder, die jährliche sommerliche Kommerzparade, die nichts mehr mit dem Kampf um eine Aufhebung des § 175 zu tun hat und die nur durch stetig steigenden Exhibitionismus noch auffallen kann. Aber meine Abwesenheit hat mehr mit Retortenbabys zu tun.

<https://kurz.rt.com/338x> bzw. [hier](#)

Maria Müller: Streit mit Uruguay wegen Freihandelsabkommen mit China – Die Ergebnisse des Mercosur-Gipfels

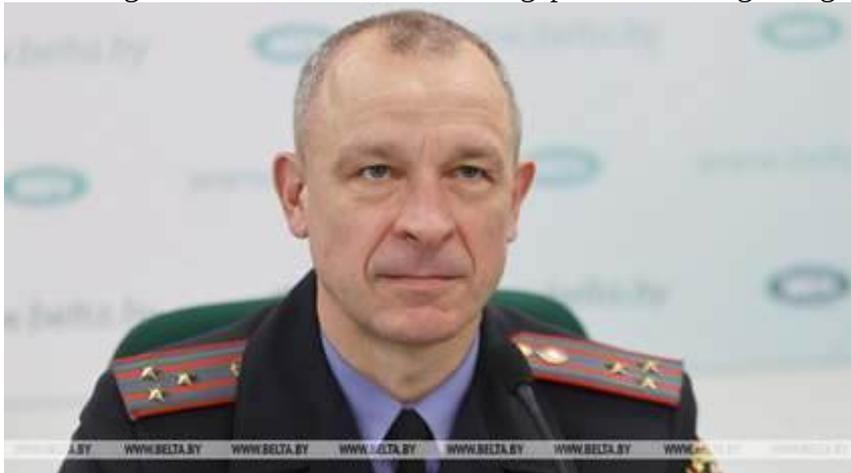
Zwar konnten sich die Mercosur-Mitglieder Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay bei ihrem Gipfeltreffen auf viele Punkte einigen, etwa bei den Themen Lebensmittel- und Energieversorgung. Ein zentraler Streitpunkt bleibt jedoch auch weiterhin das von Uruguay im Alleingang vorangetriebene Freihandelsabkommen mit China. ...

<https://kurz.rt.com/339k> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:10 (19:10) deu.belta.by: **Begun: Alle Anträge der Ukrainer auf belarussische Staatsbürgerschaft werden umgehend bearbeitet**

Alle Anträge der Ukrainer auf belarussische Staatsbürgerschaft werden umgehend bearbeitet. Das sagte Alexej Begun, Abteilungsleiter für Staatsbürgerschaft und Migration des Innenministeriums, in einem Videokommentar auf dem Telegram-Kanal der Ministeriums. „Heute hat der belarussische Präsident den dritten Erlass in diesem Jahr unterzeichnet. Mit ihm wird ausländischen Staatsbürgern, darunter 463 Ukrainern, die belarussische Staatsbürgerschaft verliehen. Im August 2021 hat Alexander Lukaschenko eine Anweisung an das Innenministerium erteilt. Es soll Anträge auf Staatsbürgerschaft der Republik Belarus so schnell wie möglich prüfen“, sagte Alexej Begun. „Wir erhalten regelmäßig Anträge von ukrainischen Staatsbürgern auf den Erwerb der belarussischen Staatsbürgerschaft, die wir umgehend prüfen und den Antragstellern die entsprechende Unterstützung, Beratung und Hilfe bei der Vorbereitung der Dokumente anbieten“, so Begun. Ihm zufolge haben seit August des Vorjahres 4228 ukrainische Staatsbürger die belarussische Staatsbürgerschaft erhalten. „Mehr als 1.000 Anträge werden derzeit geprüft, über sie wird entschieden und sie werden dem Staatsoberhaupt nach dem festgelegten Verfahren vorgelegt. Die Innenorgane setzen die vom Präsidenten der Republik Belarus erteilten Aufträge um. Deshalb empfehlen wir allen Bürgern der Ukraine, die sich dauerhaft auf dem Territorium unseres Staates aufhalten, bei den Innenbehörden einen Antrag auf Erwerb der belarussischen Staatsbürgerschaft zu stellen, der sofort geprüft wird“, sagte Begun.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1658509855_61415_big.jpg

20:50 de.rt.com: **Uniper-Chef bezeichnet "höhere Gewalt" von Gazprom als Vertragsbruch**

Die vom russischen Gaskonzern Gazprom erklärte "höhere Gewalt" könnte zu einem Rechtsstreit führen, sagte der Vorstandsvorsitzende von Uniper, Klaus-Dieter Maubach, am Freitag:

"Klar ist, dass wir versuchen werden – zum Wohle unseres Unternehmens –, Gazprom haftbar zu machen."

Ob es eine Auseinandersetzung vor Schiedsgerichten oder vor öffentlichen Gerichten werde, könne er noch nicht sagen. "Wir prüfen das in alle Richtungen."

Auf den Energiekonzern Uniper kommen in den kommenden Wochen weitere Belastungen in Milliardenhöhe zu. Maubach bezifferte diese Kosten bis Ende August auf 4,5 Milliarden Euro. Sollte ein von der Bundesregierung geplantes Umlagesystem, das 90 Prozent der Extrakosten

decken soll, erst im Oktober eingeführt werden, würde das Uniper noch einmal 1,7 Milliarden Euro kosten, sagte der Manager. Verträge zwischen Uniper und Gazprom laufen nach seinen Angaben noch bis Mitte der 2030er-Jahre. Ein Sonderkündigungsrecht habe seine Firma nicht.

Gazprom hatte diese Woche ausgebliebene Gaslieferungen gegenüber seinem Kunden Uniper mit höherer Gewalt begründet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dac41048fbef09b2638517.jpg>

Klaus-Dieter Maubach

21:15 de.rt.com: **Seit Einführung westlicher Waffen bei den ukrainischen Truppen hat die DVR täglich doppelt so viele Tote zu beklagen**

Die durchschnittliche Zahl der Zivilisten in der Volksrepublik Donezk (DVR), die an einem einzigen Tag durch den Beschuss der ukrainischen Streitkräfte (WSU) getötet oder verwundet werden, hat sich verdoppelt, seit Kiew Waffen aus NATO-Ländern [einsetzt](#). Dies teilte die DVR dem Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands (Joint Centre of Control and Coordination, JCCC) am Freitag mit.

"Vor dem Beginn des Einsatzes von NATO-Waffen, vom 17. Februar bis zum 28. Mai, lag die durchschnittliche tägliche Zahl der getöteten und verletzten Zivilisten an den Grenzen der [Republik] vor der speziellen Militäroperation bei 1,24 bzw. 5,8. Seit dem Tag des Einsatzes von NATO-Waffen, vom 29. Mai bis heute, liegen ähnliche durchschnittliche tägliche Koeffizienten bereits bei 2,5 und 11,7, was auf einen erheblichen Anstieg der zivilen Opfer hinweist", heißt es in der Erklärung.

Nach Angaben des Amtes wurde eine ähnliche Tendenz bei der Zerstörung von Häusern, sozialen Einrichtungen und der Infrastruktur beobachtet – die durchschnittlichen täglichen Zahlen sind um das Anderthalbfache gestiegen.

Am 29. Mai 2022 wurde nach Angaben der Repräsentanz zum ersten Mal der Einsatz westlicher Waffen, nämlich 155-Millimeter-Artillerie, durch ukrainische Truppen registriert.

"Bis heute wurden bereits 520 Schießvorfälle mit dieser Art von Munition dokumentiert", heißt es in der Erklärung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62daec8c48fbef09b2638541.jpg>
155-mm-Haubitzen vom Typ M777 des US Marine Corps stehen bereit zum Lufttransport in Richtung Ukraine mit einer "Globemaster III"-Maschine (C-17) der US Air Force, March Air Reserve Base, Riverside in Kalifornien am 22. April 2022

21:30 de.rt.com: **USA unterstützen die Ukraine mit weiteren 270 Millionen US-Dollar**
Die USA werden der Ukraine weitere 270 Millionen US-Dollar (rund 265 Millionen Euro) an Militärhilfe zur Verfügung stellen. US-Präsident Joe Biden habe eine weitere Zahlung der Verteidigungsausgaben für die Ukraine bewilligt, berichtete Reuters am Freitag.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination: **Die NATO beabsichtigt, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen: Ergebnisse des Einsatzes von NATO-Waffen durch die Bewaffneten Formationen der Ukraine.**

In acht Jahren des militärischen Konflikts im Donbass hat der kollektive Westen Kiew bei der Nichtumsetzung seiner Verpflichtungen im Rahmen des Minsker Prozesses unterstützt. Die Marionettenführung war in vollständiger Abhängigkeit vom Willen der westlichen Kuratoren und ist seit dem 17. Februar in „Übereinstimmung der Seiten“ offensichtlich bewusst in eine Eskalation des Konflikts gegangen, das heißt sie hat eine militärische Lösung des Konflikts gewählt.

Um die acht Jahre anhaltende militärische Aggression des Staats Ukraine gegen das Volk des Donbass zu beenden, hat die Russische Föderation der Donezker und die Lugansker Volksrepublik anerkannt sowie auf Bitte der Republiken um Hilfe und Schutz am 24. Februar eine militärische Spezialoperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung des Staates Ukraine begonnen.

Am 29. Mai 2022 hat die Vertretung der DVR im GZKK zum ersten Mal einen Fall von Einsatz von Waffen, die von westlichen Ländern geliefert wurden, durch den Gegner festgestellt, nämlich von Artillerie des Kalibers 155mm. Bis jetzt sind bereits 520 Fälle von Beschuss unter Einsatz von Munition dieses Typs dokumentiert.

Am 4. Juli wurde zum ersten Mal der Einsatz eines amerikanischen Mehrfachraketenwerfers M142 HIMARS auf das Territorium der Republik festgestellt. Am 11. Juli gerieten Freiwillige der gesellschaftlichen Organisation „Molodaja Respublika“ im Bezirk Amwrosiewka unter Feuer von Mehrfachraketenwerfern HIMARS.

Um zu verstehen, wie sich der Einsatz von NATO-Waffen gegen die Bevölkerung und das Territorium der Republik durch die BFU auswirkt, bringen wir eine kleine vergleichende Analyse vor.

So betragen vor Beginn des Einsatzes von NATO-Waffen vom 17. Februar bis 28. Mai die mittleren täglichen Kennziffern für getötete bzw. verletzte Zivilisten in den Grenzen vor Beginn der militärischen Spezialoperation 1,24 bzw. 5,8.

Seit dem Beginn des Einsatzes von NATO-Waffen, seit dem 29. Mai bis heute, betragen die entsprechenden mittleren täglichen Kennziffern bereits 2,5 bzw. 11,7, was von einer

erheblichen Steigerung der Zahl der Opfer unter den friedlichen Bürgern zeugt. Eine analoge Tendenz ist auch bei der Zerstörung von Wohnhäusern, sozialen Objekten und Infrastruktur festzustellen, deren mittlere tägliche Kennziffern auf das anderthalbfache anstiegen.

All diese Fakten zeugen davon, dass der Einsatz von Waffen westlicher Art, trotz der „lautstarken“ Erklärungen der redenden Köpfe des Gegners über deren Präzision und angeblicher Selektivität bei der Verübung von Schlägen, nicht nur die Folgen der Beschüsse nicht verringert, sondern die Zahl und das Ausmaß der Folgen bei der Anwendung solcher Waffen wesentlich erhöht.

Die vorgelegte Statistik bestätigt, dass die NATO-Länder nicht an einer Beendigung des Konflikts im Donbass interessiert sind und beabsichtigen mit Ukrainern gegen Russland zu kämpfen, indem sie die Lieferungen ihrer Waffen an Kiew verstärken.

22:00 de.rt.com: **Auch Gebiet Cherson sperrt Google**

Die Suchmaschine Google wurde im ukrainischen Gebiet Cherson als ein "Element des Informationsterrorismus" gesperrt, sagte der Vizechef der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets, Kirill Stremoussow, der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Auch YouTube, Viber und Instagram sind in der Region nicht aufrufbar.

"Die Suchmaschine wurde gesperrt. Grund dafür ist die Nutzung dieser sozialen Netzwerke durch die ukrainischen Behörden und ihre US-Schirmherren als Elemente des Informationsterrorismus, als bössartige Informationsdeponien", erklärte Stremoussow. Zuvor hatten auch die Behörden der Volksrepubliken Donezk und Lugansk beschlossen, den Zugang zur Online-Suchmaschine zu blockieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62daf06548fbef0cfe247719.jpg>

22:15 de.rt.com: **Selenskij: Waffenstillstand ohne Rückgabe der besetzten Gebiete wird den Konflikt nur verlängern**

Ein Waffenstillstand mit Russland ohne die Rückgabe der besetzten Gebiete würde nur zu einer Verlängerung des Konflikts führen, sagte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij in einem Interview mit dem Wall Street Journal.

"Das Einfrieren des Konflikts mit der Russischen Föderation bedeutet eine Pause, die Russland eine Erholungspause verschafft. Sie werden diese Pause nicht nutzen, um ihre Geopolitik zu ändern oder auf ihre Ansprüche auf die ehemaligen Sowjetrepubliken zu verzichten."

Selenskij zufolge verliert sein Land pro Tag rund 30 Menschen, dazu kommen 250 Verletzte. Im Mai und Juni wurden in der Ukraine nach seinen Angaben täglich 100 bis 200 Menschen getötet. Die Gesamtzahl der Toten und Verletzten seit Februar nannte er jedoch nicht. Auch Russland hat seit März keine neuen Angaben zu den Opferzahlen gemacht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62daf81548fbef094052cc17.jpg>

22:26 de.rt.com: **Die russische Wirtschaft wird sich laut Experten bis zum Jahresende erholt haben**

Die westliche Sanktionspolitik hat ihr Ziel verfehlt, die Wirtschaft des Landes zu destabilisieren. Trotz westlicher Sanktionen und Massenexodus westlicher Unternehmen aus dem russischen Markt, verbessert sich die Haushaltslage zunehmend.

Die russische Wirtschaft werde sich voraussichtlich bis Ende des Jahres wieder positiv entwickeln, sagte Maxim Oreschkin, Wirtschaftsberater des russischen Präsidenten Wladimir Putin, während einer Rede auf einem Jugendforum.

Oreschkin betonte:

"Die Räder unserer Wirtschaft kommen Schritt für Schritt wieder in Schwung, die Kreditvolumina steigen, die Zinsen sinken. Wir sehen, dass die Portfolios der Banken bei den Krediten wieder wachsen, nachdem sie in den schwierigsten Zeiten von April bis Mai Einbrüche erleiden mussten. All dies deutet darauf hin, dass die Mechanismen unserer Wirtschaft wieder zu arbeiten begonnen haben. Bis Ende des Jahres sollten wir die daraus entstehenden positiven Entwicklungen sehen."

Der Berater des Präsidenten stellte fest, dass sich die Situation bei den Einzelhandelsumsätzen verbessert hat, die im Vergleich zum Vorjahr ein Wachstum aufweisen, wodurch auch die Geschäftseinnahmen gesteigert werden.

Oreschkin bemerkte auch, dass nun Russlands primäre Aufgabe sei, eine "souveräne Wirtschaft" zu entwickeln, die "unverwundbar ist und auf ihre Fähigkeiten vertraut, mit allen Partnern zusammenzuarbeiten, aber gleichzeitig nicht von ihnen abhängig wird". Seine Äußerungen spiegeln die Ansicht des russischen Industrie- und Handelsministers Denis Manturow wider, der Anfang dieser Woche sagte, dass Russland danach streben solle, "technologische Souveränität" zu erreichen und die Wirtschaft auf in erster Linie auf die inländischen Bedürfnisse hin auszurichten aber gleichzeitig das Exportpotenzial weiter zu steigern.

Anfang Juni sagte Präsident Wladimir Putin, Russland werde seine Wirtschaft trotz westlicher Sanktionen im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise nicht abschotten. In einer Rede auf dem Internationalen Wirtschaftsforum SPIEF nannte der Präsident Offenheit als eines der Schlüsselprinzipien der Wirtschaftspolitik Russlands und betonte, das Land wolle sich nicht hinter einen neuen Eisernen Vorhang zurückziehen.

Die russische Wirtschaft wurde durch westliche Sanktionen, die als Reaktion auf die russische

Militäroperation in der Ukraine verhängt wurden, stark unter Druck gesetzt. Moskau wurde daran gehindert, zahlreiche internationale Handelstransaktionen abzuwickeln. Zudem wurden Unternehmen und Einzelpersonen sanktioniert, während die Hälfte der russischen Devisenreserven im Ausland eingefroren bleiben und viele internationale Unternehmen mittlerweile den russischen Markt verlassen haben. Dennoch sagt Moskau, habe die westliche Politik ihr Ziel verfehlt, die Wirtschaft des Landes zu destabilisieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62da49e5b480cc4af131bbda.jpg>

22:30 de.rt.com: **Zusammenhang mit Getreideabkommen? EU lockert einige Beschränkungen für russische Luftfahrtindustrie**

Wie auch russische Medien berichten, hat die EU im Rahmen ihres siebten Sanktionspakets gegen Russland einige Bestimmungen zurückgenommen oder präzisiert, die in den vergangenen Monaten zu empfindlichen Beschränkungen der russischen Luftfahrtbranche geführt hatten.

Dazu [schreibt](#) der *Kommersant*:

"Das Verbot des Verkaufs von Flugzeugen und Ersatzteilen an Russland, das die EU fast unmittelbar nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten in der Ukraine verhängt hat, hat sich in der Tat als sehr schmerzhaft erwiesen. Selbst das Verkehrsministerium hat dies zugegeben. Obwohl es vielen Luftfahrtunternehmen gelungen ist, den größten Teil ihrer Flotte nach Russland zu verlagern und etwa 800 Flugzeuge neu zu registrieren, konnte das Wartungsproblem dadurch nur teilweise gelöst werden. Die Leasinggeber haben sich kategorisch geweigert, das Flugzeug auch gegen einen Aufpreis zu übergeben, so dass die Situation in der Schwebe war. Und die Tatsache, dass die EU den Verkauf von Flugzeuggütern und -dienstleistungen an Russland erlaubt hat, war eine große Überraschung, aber eine gute." Wie sich die neuen Regelungen konkret auf den Betrieb von Flugzeugen aus westlicher Produktion bei russischen Fluglinien auswirken werden, ist noch nicht absehbar. Allerdings [besteht](#) die Hoffnung, dass zumindest einige Wartungsarbeiten und der Austausch von Ersatzteilen nun erleichtert werden.

Der *Deutschlandfunk* dagegen [spekulierte](#) wild über einen angeblich bestehenden Zusammenhang mit dem gerade in der Türkei unterzeichneten [Getreideabkommen](#) und berief sich auf die Berichterstattung des *Kommersant*, die diesen "Deal" aber nicht nahelegt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62db06b748fbef09b2638560.jpg>
Ein russischer Airbus A320 der "Aeroflot" beim Start in Moskau-Scheremetjewo

vormittags:

7:00 de.rt.com: **USA fordern schnelle Umsetzung von Getreide-Deal**

Nach der Einigung über die ukrainischen Getreideausfuhren hat US-Außenminister Antony Blinken den Getreide-Deal begrüßt und der Türkei sowie der UNO für die Vermittlung gedankt. Der US-Diplomat forderte am Freitagabend in Washington eine schnelle Umsetzung der Vereinbarung:

"Die Hungernden der Welt können nicht warten, und wir erwarten, dass die Umsetzung der heutigen Vereinbarung zügig beginnt und ohne Unterbrechung oder Einmischung erfolgt." Gleichzeitig warnte Blinken, dass der Getreide-Deal nur einer der vielen Schritte sei, die Russland unternehmen müsse, um sicherzustellen, dass die Lebensmittel aus der Ukraine auf die Weltmärkte gelangen.

Zuvor hatten Russland und die Ukraine mit den Vereinten Nationen und der Türkei eine Lösung für die Ausfuhr von Millionen Tonnen Getreide aus dem Kriegsland Ukraine vereinbart. Infolge des Krieges konnten zuletzt etwa 20 Millionen Tonnen Getreide aus der Ukraine nicht exportiert werden. Die Nahrungsmittel werden jedoch auf dem Weltmarkt – vor allem in Asien und Afrika – dringend benötigt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62db7e7048fbef09b2638569.jpg>

7:03 de.rt.com: **Transnistrien kündigt Pläne zum Anschluss an Russland an**

Der transnistrische Außenminister erklärt, das Ziel der Republik bleibe unverändert, die Anerkennung der Unabhängigkeit und die Eingliederung in die Russische Föderation zu

erreichen. Moldawien äußerte die Hoffnung auf Konfliktlösung und gemeinsamen EU-Beitritt.

Der Außenminister der nicht anerkannten Region Transnistrien, Witali Ignatjew, hat in einem Interview mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti erklärt, dass Tiraspol die Unabhängigkeit mit anschließendem Beitritt zu Russland anstrebe.

Ignatjew zufolge ist die Ausrichtung Transnistriens in all den Jahren des Bestehens der Republik unverändert geblieben, was sich auch in den Ergebnissen des Referendums vom September 2006 widerspiegelt. Damals sprachen sich nach Angaben der Zentralen Wahlkommission Transnistriens 97 Prozent der Teilnehmer für die Unabhängigkeit der Republik und den Anschluss an Russland aus.

Ignatjew fügte hinzu, dass die transnistrischen Behörden "pragmatisch und ehrlich" handeln und keine Entscheidungen "zum Nachteil von einer halben Million Menschen im Land" treffen würden.

Anfang Mai erklärte das Oberhaupt Transnistriens, Wadim Krasnosselski, dass die Republik nicht militärisch, sondern friedlich, "am Verhandlungstisch, im Dialog" anerkannt werden sollte. Er wies darauf hin, dass niemand einen bewaffneten Konflikt brauche, die Bewohner Transnistriens wüssten, was Krieg sei, und schätzten den Frieden. Wenige Tage zuvor waren mehrere Einrichtungen in Transnistrien angegriffen worden, darunter auch der Sitz des Ministeriums für Staatssicherheit der Republik, und die örtlichen Behörden hatten eine rote Terrorwarnstufe eingeführt.

Gleichzeitig äußerte die moldawische Präsidentin Maia Sandu die Hoffnung, dass das Land den Konflikt mit Transnistrien beilegen und gemeinsam mit der Republik der Europäischen Union beitreten kann (Moldawien erhielt am 23. Juni den Status eines EU-Kandidaten). Sandu forderte Russland außerdem auf, seine Truppen aus der Region abzuziehen, nachdem der Beschluss der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) das Gebiet als "von Russland besetzt" anerkannt hatte. Darüber hinaus hatte die PACE den Konflikt in Transnistrien im Jahr 1992 als einen "Akt militärischer Aggression" Russlands gegen Moldawien eingestuft. In Transnistrien sind rund 1.000 russische Friedenssoldaten im Rahmen der Operativen Gruppe der russischen Streitkräfte (OGRW) stationiert. Das russische Außenministerium bezeichnete die PACE-Formulierung als "inakzeptabel".

Ignatjew hatte zuvor argumentiert, dass die Bewohner Moldawiens und Transnistriens "unterschiedliche Identitäten" hätten, was es nahezu unmöglich mache, sie zu vereinen.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, äußerte sich zu Medienberichten über die Absicht der moldawischen Republik Transnistrien, Teil Russlands zu werden. Ihm zufolge weiß der Kreml nicht, worauf sich diese Informationen beziehen. Auf eine entsprechende Frage von Journalisten antwortete er:

"Nein, ich habe ehrlich gesagt Medienberichte gesehen, aber ich weiß nicht, womit das zusammenhängt, ich weiß nicht, welche Prozesse das sind, ich kann nichts sagen."

Im März kündigte der südossetische Präsident Anatoli Bibilow seine Absicht an, "rechtliche Schritte" zu unternehmen, um Teil Russlands zu werden. Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk, deren Unabhängigkeit Ende Februar von Moskau anerkannt wurde, haben ebenfalls beschlossen, dies zu prüfen. Die Mitglieder der militärisch-zivilen Verwaltungen der ukrainischen Gebiete Cherson und Saporoschje, die in den von den russischen Truppen kontrollierten Teilen der Gebiete eingerichtet wurden, bereiten sich ebenfalls auf ein Referendum über die Wiedervereinigung an Russland vor.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62daa4c9b480cc11e706cf8b.jpg>
Wahlen in Transnistrien

7:36 de.rt.com: **Russland liefert mehr als 46.500 Tonnen Hilfsgüter an Donbass und Ukraine**

Der Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement der Russischen Föderation, Generaloberst Michail Misinzew, hat auf seinem Pressebriefing am Freitagabend mitgeteilt, dass Menschen aus den gefährlichen Zonen in der Ukraine und den Donbass-Republiken weiterhin nach Russland evakuiert würden. Allein in den vergangenen 24 Stunden seien ohne Unterstützung der Kiewer Behörden 22.463 Menschen, davon 3.959 Kinder, in Sicherheit gebracht worden. Misinzew zufolge seien seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 2.768.758 Menschen, darunter 439.880 Minderjährige, nach Russland evakuiert worden. Russlandweit gebe es mehr als 9.500 Unterkunftseinrichtungen für Flüchtlinge aus der Ukraine und den Donbass-Republiken.

Der hochrangige Militär berichtete auch über sechs humanitäre Aktionen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Gebieten Charkow, Cherson und Saporoschje. Dabei seien dort am Freitag etwa 651 Tonnen Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs an die Bevölkerung verteilt worden. Seit dem 2. März 2022 habe Russland 46.533 Tonnen humanitäre Hilfe an die Ukraine geliefert.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62db8398b480cc588046e94a.jpg>

Einwohner von Mariupol erhalten humanitäre Hilfe, 14. Juli 2022

7:46 de.rt.com: **Sergei Lawrow versichert Afrika: Russland wird weiterhin Lebensmittel und Energie liefern**

Russland will seine Verpflichtungen zur Lieferung von Nahrungsmitteln, Düngemitteln und Energie an Afrika weiterhin pflichtbewusst erfüllen. Dies erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Vorabend seines Besuchs mehrerer afrikanischer Länder.

Der russische Außenamtschef Sergei Lawrow hat dem afrikanischen Kontinent versichert, Russland werde seinen afrikanischen Freunden trotz der durch die westlichen Sanktionen verursachten Schwierigkeiten die vertraglich zugesagten Lebensmittel, Düngemittel, Energie und andere Rohstoffe reibungslos weiter bereitstellen.

Dies gab der Außenminister in seinem Artikel für afrikanische Zeitungen bekannt. Ferner präzisierte Lawrow, die westliche und ukrainische Propaganda, die Moskau beschuldigt, Afrika aushungern lassen zu wollen, sei unbegründet und diene dazu, die Aufmerksamkeit von der eigenen Schuld abzulenken. Wörtlich hieß es:

"Wir sind uns der Bedeutung der russischen Lieferungen von gesellschaftlich wichtigen Produkten, einschließlich Lebensmitteln, an viele Länder in der ganzen Welt durchaus bewusst. Wir sind uns bewusst, dass diese Lieferungen eine wichtige Rolle bei der Wahrung der sozialen Stabilität spielen."

Lawrow unterstrich, die Entwicklung einer umfassenden Partnerschaft mit afrikanischen Ländern bleibe eine der wichtigsten Prioritäten der russischen Außenpolitik:

"Wir sind offen für einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit – im Einklang mit den strategischen Entscheidungen, die auf dem ersten Russland-Afrika-Gipfel Ende Oktober 2019 in Sotschi getroffen wurden."

Gleichzeitig betonte der Chefdiplomat, dass Russland niemandem etwas aufzwingen. Russland habe großen Respekt vor der Souveränität der afrikanischen Staaten und dem Recht, ihren eigenen Entwicklungsweg zu bestimmen. Weiter präzisierte der Außenminister:

"Wir sind dem Grundsatz 'Afrikanische Probleme – afrikanische Lösungen' fest verpflichtet. Dieser Ansatz für die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen unterscheidet sich grundlegend von der von den ehemaligen Metropolen auferlegten Herrschaftslogik, die das überholte koloniale Modell widerspiegelt."

Zudem arbeiten Russland und seine afrikanischen Partner daran, den Anteil des Dollar und des Euro am gegenseitigen Handel konsequent zu reduzieren. Der Minister fügte hinzu, dass sich Moskau für ein unabhängiges und effizientes Finanzsystem einsetze, das vor einer möglichen Beeinflussung durch feindliche Staaten geschützt sein werde.

Lawrow betonte, dass Russland die ausgewogene Haltung Afrikas zur Lage in der Ukraine und die Weigerung der afrikanischen Länder trotz des beispiellosen Drucks von außen, den antirussischen Sanktionen anzuschließen, schätze:

"Eine solche unabhängige Linie verdient großen Respekt."

Unterdessen hätten die russische Seite und die afrikanischen Länder mit der Ausarbeitung der Tagesordnung für den zweiten Russland-Afrika-Gipfel begonnen. Lawrow zufolge sei es nun an der Zeit, russische und afrikanische Wirtschaftsakteure auf die Märkte der jeweils anderen Seite zu bringen und ihre Beteiligung an großen Infrastrukturprojekten zu fördern. Der zweite Russland-Afrika-Gipfel ist für 2023 in Russland geplant.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dab9bf48fbef0a953e0686.jpg>

8:02 de.rt.com: **Bundesaußenministerin Baerbock: Panzer-Ringtausch mit Polen läuft nicht wie geplant**

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock hat eingeräumt, dass der Ringtausch für Waffenlieferungen an die Ukraine nicht so funktioniert wie geplant. Die scharfe Kritik der polnischen Regierung, die Deutschland jüngst Wortbruch und Täuschungsmanöver beim Panzer-Ringtausch vorgeworfen hatte, wies sie aber zurück. Die Grünen-Politikerin sagte am Freitagabend im *Bild*-Format „Die richtigen Fragen“:

"In so einer Situation täuscht niemand seinen europäischen Nachbarn."

Die Situation sei für beide Seiten unbefriedigend. Aber im Krieg wisse man eben nicht immer gleich, welches der perfekte Weg sei. Und der Ringtausch sei auf den Weg gebracht worden, weil man ihn zu dem Zeitpunkt für das beste und schnellste Mittel gehalten habe.

"Von Anfang an war klar, dass wir natürlich nicht von heute auf morgen mit einem Fingerschnips jeden einzelnen Panzer ersetzen können."

Da der Ringtausch offenkundig nicht so laufe wie geplant, prüfe die Bundesregierung nun, warum das offensichtlich nicht passiere und ob Deutschland dann andere Unterstützung leisten müsse.

Bei dem Tausch soll Polen für Panzer sowjetischer Bauart, die es der Ukraine nach dem Ausbruch des Krieges überlassen hat, Ersatz von Verbündeten erhalten. Damit sollte ermöglicht werden, dass die ukrainischen Soldaten schnell schweres Kriegsgerät erhalten, mit dem sie ohne aufwendiges Training umzugehen wissen. Doch mit dem Ergebnis ist man in Warschau alles andere als zufrieden. So habe Deutschland Polen Panzer angeboten, die älter seien als diejenigen, die Warschau Kiew gegeben habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62db88bdb480cc59844781ef.jpg>

8:31 de.rt.com: **State Department bestätigt Tod zweier US-Bürger in Ostukraine**

Das US-Außenministerium hat den Tod zweier US-Bürger im Osten der Ukraine bestätigt. Der Fernsehsender ABC [zitiert](#) einen Vertreter des State Department mit den Worten: "Wir können bestätigen, dass zwei US-Bürger kürzlich in der ukrainischen Region Donbass gestorben sind. Wir sind in Kontakt mit ihren Familien und erweisen ihnen jede mögliche konsularische Unterstützung."

Aus Respekt vor den betroffenen Familien wollte der Behördensprecher keine weiteren Einzelheiten bekannt geben. Die Namen der toten US-Bürger blieben zunächst ungewiss. Nach Angaben des Fernsehsenders sollen sie auf der Seite der ukrainischen Armee gekämpft haben.

Im Juni hatte das State Department den Tod des 52-jährigen Steven Zabelsky bei Kampfhandlungen in der Ukraine bestätigt. Die Behörde riet mehrmals US-Bürgern von jeglichen Reisen in die Ukraine ab.



https://pbs.twimg.com/card_img/1550658801883389958/4Vt2ow8R?format=jpg&name=small

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 23.7.2022**
Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

- 32 Mann;
- 3 Panzer;
- 6 Schützenpanzerwagen;
- 4 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Stachanow mit amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS beschossen** und eine Rakete abgefeuert.

Außerdem wurden nach genaueren Informationen in **Choroscheje** durch Beschuss eine Werkstatt, ein Getreidelager, eine Garage und Landwirtschaftstechnik des landwirtschaftlichen Betrieb „Kolos“ beschädigt.

Technische Pionereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 9 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Nishneje und Ustinowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.

Das Projekt „Feldpost Z“ setzt seine Arbeit fort.

So haben gestern Freiwillige Kinderbriefe und Lebensmittelpakete für Soldaten der Volksmiliz der LVR an die Front gebracht.

9:03 de.rt.com: **Militärisch-zivile Verwaltung von Cherson: Ukrainische Armee greift Brücke nahe Wasserkraftwerk Kachowka an**

Der Vizechef der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson, Kirill Stremoussow, hat am Samstagmorgen von einem ukrainischen Angriff auf die Ortschaft Nowaja Kachowka berichtet. Getroffen worden sei eine Brücke in der Nähe des Wasserkraftwerks Kachowka.

Die Brücke sei zwar nicht zerstört worden, weise jedoch Stremoussow zufolge nun mehrere "Löcher" auf. Der Damm des Wasserkraftwerks sei unversehrt.

Berichte über mögliche Opfer und Verletzte lagen zunächst nicht vor. Die militärisch-zivile Verwaltung des Bezirks Kachowka sprach von mindestens sieben ukrainischen Geschossen, die am Samstagmorgen in der Nähe des Wasserkraftwerks eingeschlagen seien.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62db976348fbef07ed07c299.jp>

g

Das Wasserkraftwerk Kachowka ist die wichtigste Stromquelle für die südlichen Gebiete der Ukraine, die inzwischen von der russischen Armee kontrolliert werden, 20. Mai 2022.

9:30 de.rt.com: **Volksrepublik Donezk meldet 41 Angriffe aus Ukraine binnen 24 Stunden**

Die Behörden in Donezk haben innerhalb der letzten 24 Stunden 41 Angriffe durch ukrainische Truppen registriert. Demnach wurden auf das Territorium der Volksrepublik mindestens 301 Geschosse abgefeuert. Dabei setzte das ukrainische Militär Raketen vom Typ Grad und Uragan sowie Geschosse im Kaliber 155, 152, 122, 120 und 82 Millimeter ein. Unter Beschuss gerieten 16 Wohngebiete, darunter Donezk.

Bei den Angriffen in der Zeitspanne von 6:00 Uhr am 22. Juli bis 6:00 Uhr am 23. Juli wurden sieben Zivilisten in Gorlowka und Jassinowataja verletzt. Insgesamt wurden bei den Attacken 31 Wohnhäuser und acht zivile Infrastrukturobjekte in Gorlowka und Jassinowataja beschädigt.

Am Vortag hatten die Behörden von Donezk von 96 Angriffen aus der Ukraine berichtet. Dabei kam ein Zivilist ums Leben, sieben weitere erlitten Verletzungen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62db9a6fb480cc4d2d7652c3.jp>

g

Folgen von Beschuss auf die Stadt Gorlowka, 1. März 2022

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 23.7.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem er massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **301 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm- und 82mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **16 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss wurden **7 Zivilisten verletzt**. 31 Wohnhäuser und 8 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 5 Fahrzeuge, 3 Schützenpanzerwagen und mehr als 40 Mann.

10:08 de.rt.com: **Vereinte Nationen wollen auf Diplomatie um Getreide-Deal aufbauen**

Nach der Einigung auf Getreide-Exporte aus der Ukraine über das Schwarze Meer wollen die Vereinten Nationen den diplomatischen Schwung für weitere Verhandlungen nutzen. UN-Sprecher Farhan Haq erklärte am Freitag, Moskau und Kiew hätten ihre militärischen Ziele für den Getreide-Deal zumindest in einigen Gebieten hintangestellt.

"Man kann versuchen, darauf aufzubauen, und wir werden versuchen, darauf aufzubauen."

Zuvor hatten Russland und die Ukraine mit den Vereinten Nationen und der Türkei eine Lösung für die Ausfuhr von Millionen Tonnen Getreide aus dem Kriegsland Ukraine vereinbart. Infolge des Krieges konnten zuletzt etwa 20 Millionen Tonnen Getreide aus der Ukraine nicht exportiert werden.

Die Nahrungsmittel werden jedoch auf dem Weltmarkt – vor allem in Asien und Afrika – dringend benötigt. Unter UN-Führung sollen Vertreter der Länder aus einem Kontrollzentrum in Istanbul zusammen mit der Türkei einen humanitären Korridor im Schwarzen Meer abstecken und überwachen.

11:46 de.rt.com: **Medienbericht: Bundesregierung verzögert offenbar zugesagte Waffenlieferungen an Ukraine**

Die „Welt am Sonntag“ [berichtet](#) unter Berufung auf mehrere mit dem Vorgang vertraute Personen, dass die Regierung in Kiew beim Rüstungskonzern Diehl Defense insgesamt elf Luftabwehrsysteme vom Typ Iris-T SLM kaufen will. Bereits eine einzige dieser Abwehrwaffen kann eine Großstadt gegen Angriffe aus der Luft schützen.

Dem Blatt zufolge habe das Wirtschaftsministerium in Berlin auf den Antrag positiv reagiert. Die Bundesregierung zögere aber die Einwilligung in notwendige finanzielle Hilfen hinaus. Eines der Systeme koste rund 140 Millionen Euro. Anfang Juni habe Bundeskanzler Olaf Scholz der Ukraine die Lieferung eines solchen Exemplars für die "kommenden Wochen" zugesagt. Inzwischen werde die Lieferung erst bis Ende des Jahres in Aussicht gestellt, berichtet die Zeitung unter Berufung auf ukrainische Kreise.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dbb0f8b480cc56a53d0ddb.jpg>

Luftabwehrsystem vom Typ Iris-T SLM bei der Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung 2022 (ILA) in Berlin

nachmittags:

12:14 de.rt.com: **DVR meldet 31 Tote unter Militär- und Sicherheitskräften binnen einer Woche – niedrigste Zahl seit Beginn der Sonderoperation**

Die Donezker Nachrichtenagentur [berichtet](#) unter Berufung auf das Büro der Menschenrechtsbeauftragten der Volksrepublik Donezk, Darja Morosowa, dass in der Zeit vom 15. bis zum 21. Juli 31 Mitarbeiter der örtlichen Sicherheitsbehörden ums Leben gekommen seien. Demnach sei dies die niedrigste Zahl seit dem Beginn der russischen Sonderoperation in der Ukraine. Im Durchschnitt sei dies halb so viel wie in den vergangenen Wochen. Die größte Zahl der Toten – mehr als 200 Mann innerhalb einer Woche – sei Ende März und im April registriert worden, als es aktive Kämpfe um die Hafenstadt Mariupol gegeben habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dbbf6448fbef0a953e0704.jpg>

Militärpioniere entsorgen am 30. Juni Säcke mit Schießpulver, die man bei Minenräumarbeiten in Mariupol entdeckt hat

13:08 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium meldet elf abgeschossene ukrainische Drohnen**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat auf seinem täglichen Briefing am Samstag über andauernde hochpräzise Angriffe der russischen Streitkräfte auf Militärziele in der Ukraine berichtet.

So sei in der Ortschaft Apostolowo im Gebiet Dnepropetrowsk ein provisorischer Standort der 406. Artilleriebrigade der ukrainischen Streitkräfte getroffen worden. Dabei seien bis zu 200 Armeeangehörige getötet und neun Geschütze zerstört worden. In der Nähe der Ortschaft Werchnekamenskoje seien mehr als 60 Kämpfer der ukrainischen Nationalisten-Gruppierung Donbass getötet worden. Die russische Luftwaffe habe in der Nähe der Ortschaft Belogorowka auf dem Territorium der Volksrepublik Donezk das Personal des 2. Bataillons der 14. mechanisierten Armeebrigade um mehr als die Hälfte reduziert.

Der Ministeriumssprecher berichtete ferner über erfolgreiche Schläge gegen zwölf Kommandopunkte, vier Lager mit Raketen- und Artilleriewaffen und Munition sowie zahlreiche Ansammlungen von Technik und Personal des Gegners.

In den vergangenen 24 Stunden habe die russische Flugabwehr am Himmel über den Gebieten Charkow, Nikolajew und Cherson sowie der Volksrepublik Donezk elf ukrainische Drohnen abgeschossen, fügte Konaschenkow hinzu.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau habe die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation am 24. Februar insgesamt 260 Flugzeuge, 144 Hubschrauber, 1.600 Drohnen, 357 Flugabwehrraketensysteme, 4.146 Panzer und andere Panzerfahrzeuge, 763 Mehrfachraketenwerfer sowie 3.185 Geschütze und Mörser verloren.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dbd13748fbef09c549794c.jpg>

Ukrainische Armeeangehörige bereiten am 24. September 2021 bei den Militärübungen Rapid Trident eine Drohne vor

13:34 de.rt.com: **Ukraine wirft Russland Beschuss von Odessas Hafen vor**

Einen Tag nach der Vereinbarung über ukrainische Getreideausfuhren über das Schwarze Meer hat Kiew Moskau vorgeworfen, den Hafen von Odessa mit Raketen beschossen zu haben. Nach Angaben des ukrainischen Militärs seien zwei russische Raketen von der Luftabwehr abgefangen worden. Zwei weitere seien jedoch im Handelshafen eingeschlagen. Inzwischen tauchten im [Internet](#) Videos auf, die den Angriff zeigen sollen.

Der Sprecher des Außenministeriums in Kiew, Oleg Nikolenko, erklärte, der Raketenbeschuss werfe Zweifel an dem am Freitag in Istanbul unterzeichneten Abkommen über die Ausfuhr von Millionen Tonnen Getreide aus der Ukraine auf. Der russische Präsident Wladimir Putin spucke somit UN-Generalsekretär António Guterres und dem türkischen Staatschef Recep Tayyip Erdoğan ins Gesicht. Nikolenko rief die Vereinten Nationen und die Türkei auf, Russland zur Einhaltung des Abkommens zu drängen.

Russland hatte am Freitag in dem Abkommen zugesichert, die Schiffe über einen Seekorridor fahren zu lassen und nicht zu beschießen. Auch die beteiligten Häfen dürften dabei nicht angegriffen werden. Eine Stellungnahme der russischen Seite zu den Berichten über einen Raketenangriff auf den Hafen von Odessa lag zunächst nicht vor.

14:08 de.rt.com: **Kasachstans Präsident Toqajew beharrt im Telefonat mit Selenskij auf diplomatischer Lösung des Konflikts mit Russland**

Am 30. Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Kasachstan und der Ukraine hat der kasachische Staatschef Qassym-Schomart Toqajew mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenskij telefoniert. Der Anruf fand auf Initiative der ukrainischen Seite statt. Wie das Präsidialamt in Nur-Sultan mitteilte, habe Toqajew den am Freitag unter Vermittlung der UNO und der Türkei erzielten Getreide-Deal zwischen Kiew und Moskau gelobt.

"Der Staatschef bestätigte auch die prinzipielle Position Kasachstans hinsichtlich einer diplomatischen Lösung der Situation in der Ukraine."

Der Mitteilung zufolge hätten die Politiker sich gegenseitig zum denkwürdigen Datum beglückwünscht. Laut Toqajew hätten die beiden Länder inzwischen wichtige positive

Ergebnisse in der bilateralen Zusammenarbeit erreicht – darunter im wirtschaftlichen und humanitären Bereich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dbdd3748fbef0cfe247770.jpg>

14:33 de.rt.com: **Viktor Orbán fordert neue EU-Strategie im Ukraine-Krieg**

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat eine neue Strategie der EU im Ukraine-Krieg gefordert. Die bisherigen Maßnahmen gegen Russland würden nicht wirken, erklärte er bei einer Rede in Rumänien. Ihm zufolge müsse die neue Strategie Friedensgespräche statt eines Sieges über Russland zum Ziel haben.

Der Politiker [erklärte](#), dass die westliche Strategie im Ukraine-Krieg mit Sanktionen und NATO-Waffenlieferungen gescheitert sei. Inzwischen würden die Regierungen in Europa wie "Dominosteine" fallen, während die Energiepreise weiter in die Höhe schössen. Die Regierung in Kiew werde den Krieg niemals gewinnen, weil die russische Armee eine "asymmetrische" Überlegenheit habe.

Orbán kritisierte den Westen auch dafür, im Vorfeld des Krieges die Sicherheitsansprüche Russlands ignoriert zu haben.

"Da Russland Sicherheitsgarantien will, kann dieser Krieg nur mit Friedensgesprächen zwischen Russland und den USA enden."

Mit US-Präsident Donald Trump und Bundeskanzlerin Angela Merkel wäre es nie zu diesem Krieg gekommen, meinte der ungarische Regierungschef.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62dbe3d2b480cc4fbc5f55b8.jpg>

15:20 de.rt.com: **Teile des Gebiets Saporoschje erhalten eine Regierung**

Wie die russische Nachrichtenagentur TASS [meldet](#), wurde in den "befreiten Gebieten" der Region Saporoschje eine Regierung gebildet. Dies teilte Wladimir Rogow, Mitglied im Hauptrat der militärisch-zivilen Verwaltung (WGA) der Region Saporoschje, am Sonnabend gegenüber der Nachrichtenagentur mit. Er sagte:

"Die Regierung ist gebildet. ... (Demnächst) wird ihre Zusammensetzung bekannt gegeben. Von der Ernennung des Regierungschefs bis zur Bildung der Regierung vergingen nur fünf Tage. Sie besteht aus drei großen Ressorts: dem Finanz- und Wirtschaftssektor, der Industrie und der Landwirtschaft sowie dem sozialen Sektor."

Rogow hatte am 18. Juli gegenüber TASS erklärt, dass Anton Kolzow, der bisherige stellvertretende Gouverneur der russischen Region Wologda, zum Leiter der Zivilregierung der Region ernannt wurde. Seit sich Teile der Region der Kontrolle Kiews entzogen hatten, wurde das Gebiet von einer militärisch-zivilen Verwaltung regiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dbec7348fbef43d7490eaf.jpg>

Getreideernte in den befreiten Gebieten der Region Saporoschje, 16. Juli 2022

16:15 de.rt.com: **Russisches Militär meldet Angriff auf zwölf ukrainische Kommandoposten und vier Waffendepots**

Laut Interfax hat das russische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass im Laufe des Tages zwölf Kontrollpunkte der ukrainischen Armee und vier Waffendepots auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk (DVR) sowie in Nikolajew von Flugzeugen, Rakentruppen und Artillerie der russischen Armee angegriffen worden seien.

"Im Laufe des Tages trafen sie: zwölf Kontrollpunkte, vier Depots mit Raketen- und Artilleriewaffen und Munition in den Gebieten der Siedlungen Nikanorowka der Volksrepublik Donezk und der Stadt Nikolajew sowie Personal und militärische Ausrüstung in 226 Gebieten",

sagte Igor Konaschenkow, der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, bei einem Briefing am Samstag. Weiter schilderte er:

"Im Rahmen des Abwehrkampfes wurden drei Züge von Grad-Mehrfachraketen in den Gebieten Adamoka, Slawjansk und Sewersk, drei Artilleriezüge von Msta-S-Panzerartillerieeinheiten und zehn Artilleriezüge von Msta-B-Geschützen vernichtet."

Außerdem seien 24 Artilleriezüge mit Haubitzen des Typs D-20 und 15 Artilleriezüge mit Panzerabwehrkanonen des Typs Gwosdika in der DVR zerstört worden.

Nach Angaben von Konaschenkow zerstörten russische Luftabwehrkräfte im Laufe des Tages zudem elf ukrainische Drohnen in den Regionen Charkow, Nikolajew und Cherson sowie in der DVR.

"Bis zu zweihundert Personen, neun Artilleriegeschütze und militärische Ausrüstung wurden im Dorf Apostolowo in der Region Dnepropetrowsk zerstört, nachdem die russische Luftwaffe mit Hochpräzisionswaffen den vorübergehenden Aufmarschpunkt der 406. Artilleriebrigade der ukrainischen Armee angegriffen hatte", teilte der Ministeriumssprecher mit.

Weiterhin seien 60 Soldaten bei einem Artillerieangriff auf ukrainische Stellungen in der Nähe von Werchnekamenskoje getötet worden.

"In der Nähe der Siedlung Belogorowka in der Volksrepublik Donezk haben die operativen und taktischen Luftangriffe der russischen Luftwaffe mehr als die Hälfte des Personals des zweiten Bataillons der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte vernichtet", ergänzte Konaschenkow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dbfda0b480cc498c745b1d.jpg>

Eine Selbstfahrlafette 2S1 "Gwosdika" der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk feuert Propagandagranaten mit Flugblättern ab, die die Kämpfer der nationalistischen Bataillone und die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte zur Kapitulation auffordern. (8. Juni 2022)

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 23. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 30 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

Mitarbeiter des Arbeits- und Sozialministeriums der DVR haben 1113 Anträge über die Wiederaufnahme und Festsetzung von Renten und materieller Hilfe angenommen. Auf die Listen des Arbeitsamts wurden 80 Personen aufgenommen, 8380 Menschen nehmen an befristeten Arbeiten teil.

Mehr als 4800 Menschen wandten sich an die Einrichtungen des Gesundheitswesens. In Obilnoje, Nowobeschewo und Nowosjelowka war eine mobile Apotheke in Betrieb.

In Nowotroizkoje wurde 4G-Einrichtungen in Betrieb genommen.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha und Sachanka durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 21 Hektar Territorium und 30.000 Quadratmeter Gebäude untersucht und 205 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Jassinwowataja und Luganskoje abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium und die Polizei an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten

wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

abends:

18:05 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Nowosjelowka in der DVR**

Wie RIA Nowosti [meldet](#), haben ukrainische Truppen das Dorf Nowosjelowka in der Volksrepublik Donezk (DVR) mit Mörsergranaten beschossen. Dies habe die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands (Joint Centre of Control and Coordination, JCCC) auf ihrem Telegram-Kanal mitgeteilt. Die ukrainischen Streitkräfte sollen um 13.30 Uhr (Ortszeit) das Feuer aus Richtung des Dorfes Nowgorodskjoe eröffnet haben.

"Neun Minen mit einem Kaliber von 120 Millimetern wurden abgefeuert", heißt es in dem Bericht. Nowosjelowka liegt etwa 110 Kilometer von Donezk entfernt.

Die ukrainische Armee beschießt fast ununterbrochen Städte und Dörfer in der DVR und der Volksrepublik Lugansk (LVR) sowie die befreiten Gebiete in den Regionen Cherson, Saporoschje und Charkow, auch mit US-HIMARS und M777-Haubitzen. Bei den Opfern dieser Angriffe handle es sich überwiegend um Zivilisten.



https://cdn21.img.ria.ru/images/07e6/02/16/1774245657_0:126:3192:1922_1280x0_80_0_0_8c1a330a69f61897b971279087beb403.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 am 23.07.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 180 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dabei wurden 2 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **2 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben**.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Wir wenden uns an alle Bürger auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium. Wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, versuchen Sie, verdeckt Videos oder Fotos der Sachverhalte zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in „Telegram“ werden diese Materialien als

Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der gesamten Strenge des Gesetzes verwendet werden.

18:50 de.rt.com: Türkischer Verteidigungsminister: Russland hat nichts mit dem Beschuss von Odessa zu tun

Laut TASS hat der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar am Sonnabend erklärt, dass Russland nicht an der Beschießung des Hafens von Odessa beteiligt war.

"In den Kontakten, die wir heute mit Russland hatten, wurde erklärt, dass Russland nichts mit dem Angriff zu tun hat. Sie untersuchen den Vorfall gründlich", zitierte das türkische Militärbüro den Minister auf Twitter.

Akar sagte, er habe im Zusammenhang mit dem Vorfall auch mit seinem ukrainischen Amtskollegen Alexej Resnikow und dem ukrainischen Infrastrukturminister Alexander Kubrakow telefoniert, die am Freitag in Istanbul ein Getreideexportabkommen unterzeichnet haben.

"Wir haben die notwendigen Informationen erhalten. Sie meldeten einen Raketenangriff auf eine der Verladestellen im Hafen, es gibt keine negativen Folgen", so Akar. Er fügte hinzu:

"Wir sind besorgt, dass sich dieser Vorfall unmittelbar nach der gestrigen Unterzeichnung des Getreideexportabkommens ereignet hat."

Am 22. Juli wurde in Istanbul ein Paket von Dokumenten unterzeichnet, das sich mit der Versorgung der Weltmärkte mit Nahrungsmitteln und Düngemitteln befasst. In einem Memorandum zwischen Russland und den Vereinten Nationen wird festgehalten, dass sich die internationale Organisation an den Bemühungen um die Aufhebung der antirussischen Beschränkungen, die die Ausfuhr von Agrarprodukten und Düngemitteln behindern, beteiligt. In einem weiteren Dokument wird ein Mechanismus für die Ausfuhr von Getreide aus den von der Ukraine kontrollierten Schwarzmeerhäfen beschrieben. Die Vereinbarungen zwischen Russland, der Türkei, der Ukraine und den Vereinten Nationen sehen die Einrichtung eines vierseitigen Koordinierungszentrums vor, dessen Vertreter Schiffe mit Getreide inspizieren werden, um Waffenschmuggel zu verhindern und Provokationen auszuschließen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dc235248fbef09b26385cc.jpg>

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu (links) und der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar beim Handschlag anlässlich der Unterzeichnung des Getreideabkommens in Istanbul, 22. Juli 2022

19:09 de.rt.com: Waldbrände in Europa: Ist immer die Hitzewelle schuld – oder steckt auch Kalkül dahinter?

Europa brennt. Schuld daran ist die anhaltende Dürreperiode infolge der Hitzewelle. Doch nicht alle Brände haben einen natürlichen Ursprung. Auch Brandstiftung und versehentlich verursachte Brände halten die Feuerwehren in Atem.

In Europa wüten wegen der bereits seit Wochen anhaltenden Trockenheit vielerorts Waldbrände. Betroffen sind derzeit vor allem südliche Länder wie Italien oder Spanien. Aber auch in Deutschland ertönen vermehrt die Feuerwehrsirenen. Jedoch sind nicht alle Waldbrände auf die dafür überwiegend verantwortlich gemachte Hitzewelle zurückzuführen. In vielen Fällen steckt auch Brandstiftung dahinter, dass Anwohner und Feuerwehrleute verzweifelt gegen Feuer kämpfen müssen, die ihre Häuser zu zerstören drohen. Grund dafür sind oftmals auch wirtschaftliche Interessen großer Unternehmen, die sich durch die Zerstörung der teils unter Naturschutz stehenden neue Anbauflächen erhoffen.

"In der Regel sind bis zu 98 Prozent der Brände im Mittelmeerraum vom Menschen verursacht, und etwa zwei Prozent haben natürliche Ursachen wie Blitzschlag", erklärte der Brandexperte Lindon Pronto vom European Forest Institute (EFI) der Nachrichtenplattform Watson. Ursachen für die von Menschen verursachten Brände gebe es demnach viele. Hauptursachen seien jedoch Brandrodungen in der Landwirtschaft und unbeabsichtigt verursachte Brände durch ganz alltägliche Situationen – wie zum Beispiel ein von landwirtschaftlichen Maschinen erzeugter Funke, der das sich unter ihm befindliche Gras entzündet.

Tragischer Unfall oder Brandstiftung?

Dass dieses Beispiel nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt ein aktueller Fall, bei dem ein Aufforstungsunternehmen versehentlich einen Großbrand in Spanien verursacht hat. Der Brand in der nordöstlichen Region Aragón, bei dem schätzungsweise rund 14.000 Hektar Wald zerstört wurden, sei nach Angaben des verantwortlichen Unternehmens Land Life durch einen Funken verursacht worden, der von einem Bagger ausging, der von einem seiner Auftragnehmer zur Vorbereitung des Bodens für die Baumpflanzung im Winter eingesetzt wurde.

1.700 Menschen mussten vor den Flammen in Sicherheit gebracht werden. Erst am späten Donnerstagabend konnte das Feuer unter Kontrolle gebracht werden. Das Unternehmen bedauere die entstandenen Schäden und Unannehmlichkeiten zutiefst. "Wir haben großes Mitgefühl mit den Menschen vor Ort, die aus ihren Häusern evakuiert werden mussten und deren Landschaft schwer beschädigt wurde", erklärte Land Life in einer Mitteilung.

Doch spanischen Medien zufolge sei der jetzige Brand nicht der erste, der in Zusammenhang mit dem Aufforstungsunternehmen steht. Die regionalen Behörden beschuldigen Land Life demnach, im vergangenen Monat einen weiteren Brand in der Region verursacht zu haben, bei dem 20 Hektar Land verbrannt wurden. "Es ist nicht richtig, dass sie weiterarbeiten, wenn das schon einmal passiert ist", sagte der Bürgermeister von Bubierca, einem der evakuierten Dörfer, der Zeitung El Heraldo de Aragón.

Das niederländische Aufforstungsunternehmen Land Life engagiert sich nach eigenen Angaben für die Wiederherstellung von geschädigtem Land auf der ganzen Welt. Könnten hinter den vermeintlich versehentlich verursachten Waldbränden in Spanien somit auch wirtschaftliche Interessen stehen? Als eine der wichtigsten Strategien im Kampf gegen die Klimakrise und damit einhergehende Dürreperioden und Hitzewellen gilt die Aufforstung. Die Europäische Union förderte daher zuletzt verstärkt verschiedene Unternehmen, die im Rahmen von Klimaschutzprojekten Bäume pflanzen, um die Böden vor Austrocknung und Erosion zu schützen – zur Eingrenzung der gestiegenen Waldbrandgefahr.

Für niedergebrannte Wälder locken somit auch lukrative Aufträge für deren Wiederaufforstung. Zwar lässt sich abschließend nicht feststellen, ob der Brand von Land Life versehentlich oder doch eher absichtlich gelegt wurde. Jedoch gilt auch hier: Geld regiert die Welt. So ist der Umstand, dass die Anwohner der von den Bränden betroffenen Region im nordöstlichen Spanien zum Teil auch Vorsatz vermuten, überwiegend auf den Hauptgeschäftszweig des Unternehmens zurückzuführen – die Wiederherstellung zerstörter Natur. Auf der Website von Land Life heißt es hierzu:

"Die Land Life Company wurde aus der gemeinsamen Überzeugung heraus gegründet, dass

ein geschäftlicher Ansatz und Technologie Innovationen vorantreiben können, um die Natur zu unseren Lebzeiten wiederherzustellen."

Die Folgen der Waldbrände – egal, aus welchem Grund sie ausbrechen – sind allerdings immer verheerend. Neben enormen Schäden an der Umwelt haben die Brände aber auch wirtschaftliche Folgen. Und weniger Bäume bedeuten auch Erosion, Erdbeben und Flutwellen, was schlussendlich Menschenleben gefährdet. In den letzten Tagen hatte die spanische Feuerwehr mit mehr als neun großen Waldbränden zu kämpfen. Als die gefährlichsten galten zwei Ausbrüche im Nordwesten Galiciens. Einige der bisher 11.000 wegen der Brände in Spanien evakuierten Menschen konnten allerdings wieder in ihre Häuser zurückkehren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dc001ab480cc409a0c806d.jpg>

19:40 de.rt.com: **In Istanbul hat das Koordinierungszentrum für den Getreideexport seine Arbeit aufgenommen**

Laut RIA Nowosti hat der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar [mitgeteilt](#), dass in Istanbul das Koordinierungszentrum im Anschluss an das gestern vereinbarte Getreideabkommen seine Arbeit aufgenommen hat.

"Vertreter Russlands, der Ukraine und der UNO sowie der Türkei haben ihre Arbeit im gemeinsamen Koordinationszentrum aufgenommen", so Akar.

Am gestrigen Freitag hatten Russland und die Ukraine Abkommen mit der Türkei und den Vereinten Nationen unterzeichnet (RT DE [berichtete](#)), in denen die Beschränkungen für die Lieferung russischer Agrarerzeugnisse auf den Weltmarkt aufgehoben und Verfahren für den Transport ukrainischen Getreides über das Schwarze Meer festgelegt wurden. Dem Dokument zufolge wird die Ernte von drei Häfen – Odessa, Tschernomorsk und Juschny – über sichere Korridore exportiert. Die Schiffe werden auf Waffen untersucht, Militärschiffe und -flugzeuge dürfen sich ihnen nicht ohne Erlaubnis nähern. Die Gemeinsame Koordinierungsstelle wird die Kontrolle über den gesamten Prozess übernehmen.

Die UNO hat wiederholt vor einer drohenden Nahrungsmittelkrise aufgrund von Getreideknappheit gewarnt, während westliche Länder Russland beschuldigten, die Häfen am Schwarzen Meer zu blockieren. Moskau bestreitet dies kategorisch und weist darauf hin, dass Kiew selbst zahlreiche Exporthindernisse geschaffen hat:

Das ukrainische Militär hat nicht nur Getreide im Hafen von Mariupol in Brand gesetzt, sondern auch die Gewässer des Schwarzen Meeres vermint.

Wladimir Putin betonte seinerseits, dass Russland die Ausfuhr von Lebensmitteln nicht behindere und dass Schiffe mit Lebensmitteln ohne Probleme auslaufen könnten, wenn die Ukraine ihre Häfen entminen würde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dc29dd48fbef0cfe247794.jpg>
Gesamtansicht von Istanbul's Goldenem Horn mit der Galata-Brücke, die zur Neuen Moschee (Bildmitte unten) führt, 16. Oktober 2020

19:57 de.rt.com: **Japan will Putin vom Staatsbegräbnis des ehemaligen Premierministers Abe ausschließen**

Laut Medienberichten will Tokio den russischen Präsidenten Wladimir Putin von der Bestattungszeremonie für den ermordeten früheren japanischen Premierminister Shinzō Abe ausschließen, dies, nachdem er bereits wegen des Ukraine-Konflikts von Japan auf eine schwarze Liste gesetzt wurde.

Die japanische Regierung wird voraussichtlich dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nicht erlauben, am Staatsbegräbnis des ehemaligen Premierministers Shinzō Abe teilzunehmen, sollte er dies wünschen, berichtete die japanische Nachrichtenagentur Nikkei am Freitag. Japans ehemaliger Premierminister Abe war Anfang dieses Monats ermordet worden.

Die Tageszeitung Sankei Shimbun zitierte einen Beamten des japanischen Außenministeriums mit der Aussage, dass Tokio Russland offiziell über das Staatsbegräbnis in Kenntnis setzen wird, aber nicht erwarte, "dass sie kommen werden". Die Zeremonie findet am 27. September statt.

Der Kreml hatte zuvor bekannt gegeben, dass Präsident Putin nicht vorhabe, am Staatsbegräbnis teilzunehmen, während die Anwesenheit anderer russischen Offiziellen "vom Protokoll abhängen" würde. Als Reaktion auf die Militäroperation Moskaus in der Ukraine hatte Japan Anfang März mehrere hochrangige russische Beamte, darunter Präsident Wladimir Putin und Außenminister Sergei Lawrow, auf eine Sanktionsliste gesetzt. Russland reagierte umgehend auf dieselbe Weise und sanktionierte eine Reihe hochrangiger japanischer Beamter, darunter Premierminister Fumio Kishida und Außenminister Yoshimasa Hayashi. Nachdem er in den 2000er-Jahren kurzzeitig als Premierminister gedient hatte, hatte Abe dieses Amt erneut von 2012 bis 2020 bekleidet und wurde damit der am längsten amtierende Premierminister des Landes. Er war am 8. Juli während einer Wahlkampfveranstaltung in der Stadt Nara ermordet worden.

Abe hatte sich in seiner Amtszeit als Premierminister rund 25-mal mit Putin getroffen. In seinem Beileidsschreiben beschrieb der russische Präsident Abe als "einen herausragenden Staatschef", der "viel für die Förderung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern getan hat".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dc366eb480cc69d070efa4.jpg>

20:42 de.rt.com: **Russischer Raketenangriff auf den Hafen von Odessa? – Moskau weist Verantwortung offenbar zurück**

Auf den von der Ukraine behaupteten, Russland zugeschriebenen Angriff mit Marschflugkörpern auf den Hafen von Odessa gibt es noch keine offizielle Stellungnahme aus Moskau.

Allerdings sagte der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar dazu, Ankara habe den Vorfall sowohl mit Moskau als auch mit Kiew besprochen:

"Die Russen haben uns mitgeteilt, dass sie mit diesem Angriff absolut nichts zu tun haben und dass sie die Angelegenheit sehr genau und detailliert untersuchen", erklärte Akar.

Mindestens vier Marschflugkörper seien eingesetzt worden, um die Getreideanlage zu beschießen, sagte ein Sprecher der Militärverwaltung in Odessa, Sergei Bratschuk. Zwei der Geschosse seien abgefangen worden, während die beiden anderen die Infrastruktur des Hafens getroffen hätten, erklärte er.

Moskau hat sich zu den jüngsten Behauptungen aus Kiew bislang nicht offiziell geäußert.

Allerdings hatte Russland wiederholt erklärt, dass es in dem seit Ende Februar schwelenden Konflikt ausschließlich militärische Ziele angreift.

Auch die deutsche Nachrichtenagentur dpa verweist auf den türkischen Verteidigungsminister und berichtet, dass nach dessen Worten Russland die Verantwortung für den Raketenangriff auf den Hafen der ukrainischen Stadt Odessa zurückgewiesen habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62dc3cd248fbef43d7490edd.jpg>

Blick auf das Schiffsterminal und das Hotel Odessa von der Potjomkin-Treppe aus gesehen, August 2016